

Für einen leistungsfähigen Auswärtigen Dienst

Beschluss des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik der CDU Deutschlands unter der Leitung von **Dr. Friedbert Pflüger MdB**

1. Diskrepanz zwischen wachsenden Aufgaben und finanziellen Kürzungen

Der Auswärtige Dienst ist das zentrale Instrument zur Gestaltung unserer Außenpolitik. Er prägt entscheidend Gewicht, Ansehen und Rolle Deutschlands in der internationalen Politik. Seine Mitarbeiter sind die Visitenkarte Deutschlands im Ausland. Unseren Diplomaten und ihren Familien, die rund um die Welt unter teilweise schwierigen Bedingungen Dienst für unser Land tun, gebührt für ihren Einsatz unser Dank und unsere Unterstützung. Seit der Wiedervereinigung und auf Grund der veränderten Rahmenbedingungen internationaler Politik ist die deutsche Außenpolitik mit einer Vielzahl neuer Aufgaben und gestiegenen Erwartungen unserer Partner konfrontiert. Das Auswärtige Amt hat mit einer internen Reform begonnen. Außenminister Fischer hat in einem Brief an die Beschäftigten des Auswärtigen Amtes am 29. Januar 2001 geschrieben: „Bei der Umsetzung der einzelnen Reformelemente sollten wir immer vor Augen haben, das das Ziel ein neues Selbstverständnis des Auswärtigen Dienstes ist: bürgernah, weltweit leistungsfähig, mit Mut zu konzeptionell-strategischem Denken und fähig zu einer überzeugenden ‚public diplomacy‘“.

Die CDU Deutschlands unterstützt dieses Ziel ausdrücklich. Wir wünschen uns einen modernen dienstleistungsorientierten diplomatischen Dienst, der die Konkurrenz mit unseren Partnern nicht scheuen muss. Die gegenwärtige Lage des Auswärtigen Dienstes ist allerdings alarmierend und von der Erreichung des gesetzten Zieles weit entfernt.

Durch Schließung von 19 deutschen Vertretungen im Ausland, durch Personalkürzungen, mangelnde Investitionen in die Sachausstattung und unzureichende Vorbereitung der Beamten auf neue Verwendungen können bereits heute wesentliche Aufgaben nicht mehr erfüllt werden. Das Auswärtige Amt mit seinen Auslandsvertretungen *muss heute seine Aufgaben mit weniger Personal als vor 1989 verrichten*. Die Sparmaßnahmen stehen in krassem Widerspruch zur weltweiten Zunahme der Aufgaben und der von unseren Auslandsvertretungen weltweit zu leistenden Arbeit. Je Bundesbürger werden pro Jahr nur ca. 18 DM für den Auswärtigen Dienst ausgegeben. Ein ADAC-Auslandsschutzbrief kostet dazu im Vergleich 65 DM im Jahr. Wir brauchen Vertreter im Ausland, die fachlich und sprachlich auf ihren Einsatz optimal vorbereitet sind und sich dem Wettbewerb mit unseren Partnern aus Europa und den G7-Ländern stellen können. Es ist an der Zeit, die planlosen Haushaltskürzungen im Bereich der Auswärtigen Politik zu beenden und dem Auswärtigen Dienst wieder zu einer personell und materiell angemessenen Ausstattung zu verhelfen.

2. Public Diplomacy

Erfolgreiche Gestaltung der deutschen Außenbeziehungen erschöpft sich nicht in den Regierungskontakten auf höchster Ebene, sondern erfordert auch die Einbeziehung von Eliten und Multiplikatoren vor Ort. Im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit führen Einsparungen dazu, dass immer weniger Vertretungen über eigene Pressereferate verfügen.

Die CDU fordert, den Ankündigungen von verstärktem Einsatz von „Public Diplomacy“ auch die nötigen Maßnahmen folgen zu lassen. Wir brauchen gut ausgebildete und in der Sprache des Gastlandes jederzeit sprechfähige Vertreter.

3. Auswärtige Kulturpolitik

Die hohen Erwartungen an die deutsche auswärtige Kulturpolitik, die insbesondere in *Mittel- und Südosteuropa* ausgeprägte Bereitschaft zum Erlernen der deutschen Sprache werden durch Konzeptionslosigkeit und einschneidende Kürzungen unseres Angebots enttäuscht. Die bisherigen Schließungen von 39 Goethe-Instituten und den Programmen bei Inter Nationes fügen unserem Ansehen in der Welt schweren Schaden zu. Im Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik von 1999 hieß es: „In Abstimmung mit den Ländern stellt das Auswärtige Amt sicher, dass ein innovatives Schulwesen (...) deutschen wie einheimischen Kindern zukunftsichere Ausbildung anbietet. Nicht zuletzt die deutsche Exportindustrie kann weiterhin auf ein weltumspannendes Netz an Auslandsschulen zählen.“ Die massiven Kürzungen beim Auslandsschulwesen (12 Millionen DM im Jahr 2000) führen entgegen diesen Versprechungen zu einer zunehmenden Schwächung der deutschen Industriepräsenz im Ausland. Ohne Schulen wird es immer schwieriger, Fachkräfte aus der Wirtschaft und anderen Bereichen für Auslandseinsätze zu gewinnen.

4. Rechts- und Konsularwesen

Besonders negative Auswirkungen haben die Stellenkürzungen auf die Rechts- und Konsularabteilungen. Wegen der drastischen Zunahme der Visaanträge, u. a. eine erfreuliche Folge der wachsenden wirtschaftlichen Verflechtung Deutschlands mit anderen Ländern, hat die Zahl der erteilten Visa im Jahr 2000 um 16 Prozent zugenommen. Die Wartezeiten haben sich an vielen Auslandvertretungen auf ein nicht mehr vertretbares Maß verlängert. *Nachdem sich viele Bürger Osteuropas ihre Reisefreiheit erkämpft haben, wird sie durch zu knappe Ausstattung unserer Vertretungen faktisch wieder eingeschränkt.* Im Bereich des Asylrechts sehen sich viele Vertretungen mit einer wachsenden Zahl von Asylfolgeanträgen und Asylstreitigkeiten konfrontiert. *Der den Asylbewerbern offenstehende Rechtsweg wird aufgrund der überforderten Auslandsvertretungen, wie der Gerichte, zur unabsehbaren Aufenthaltsverlängerung.* Viele Mitarbeiter des Auswärtigen Dienstes arbeiten an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Trotz dieses Einsatzes bleiben unzumutbare Zustände an den Schaltern unserer Konsulate zu beobachten. Hierdurch wird das Ansehen Deutschlands im Ausland beschädigt. Investitionen in unseren Konsulardienst sind zudem vorbeugende Investitionen in die innere Sicherheit: *Die gebotene Sorgfalt bei der Kontrolle erfordert Ressourcen.*

5. Wirtschaftsförderung

Die für Deutschland als Exportland besonders wichtigen Wirtschaftsbeziehungen können von den Auslandsvertretungen kaum noch im erforderlichen Umfang wahrgenommen werden. In vielen wichtigen Ländern mit entsprechendem Marktpotential stehen die Wirtschaftsdienste der Botschaften hinter unseren europäischen Partnern in personeller wie materieller Hinsicht zurück. Es ist einer der wichtigsten Exportnationen der Welt nicht angemessen, dass deutsche Botschaften in diesem für die deutsche Wirtschaft essentiellen Bereich so ins Hintertreffen geraten. Der Personalmangel zwingt die Vertretungen zu punktueller Betreuung der dringlichsten Fälle, eine strukturierte und konstante politische Flankierung unserer Wirtschaftsinteressen ist unter diesen Vorzeichen häufig nicht mehr möglich. Bei der zunehmend aggressiven politischen Intervention unserer westlichen Partner für ihre Exportinteressen ist ein starker Auswärtiger Dienst als Interessenvertreter unserer Wirtschaft ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung jedes dritten Arbeitsplatzes in Deutschland.

6. Personal

Das Auswärtige Amt hat gegenwärtig unter einem dramatischen Rückgang der Bewerberzahlen in praktisch allen Laufbahnen zu leiden. Dies ist eine unmittelbare Folge der verringerten Attraktivität des diplomatischen Dienstes. Mangelnde Karriereaussichten, keine Beschäftigungsmöglichkeiten für die Partner und Stellenabbau

haben zu dieser Situation wesentlich beigetragen. Die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Auswärtigen Dienstes gegenüber den Diensten unserer Partner ist unter diesen Umständen nicht mehr gewährleistet. Wir wollen einen Auswärtigen Dienst, der wieder die Besten anzieht. Nur so bleiben wir international wettbewerbsfähig. Hierzu müssen die Vorgaben des Gesetzes über den Auswärtigen Dienst umgesetzt werden.

Die deutsche personelle Präsenz in Europa und bei den Internationalen Organisationen entspricht seit langem nicht der Höhe unserer Beiträge. Es ist höchste Zeit, die Entsendung qualifizierter Beschäftigter zu den internationalen Organisationen in ausreichendem Umfang zu fördern. Hierzu ist eine planvolle ressortübergreifende Personalpolitik erforderlich, die vom Auswärtigem Amt koordiniert werden sollte.

In diesem Zusammenhang ist es auch an der Zeit, die archaische Trennung zwischen Mittlerem, Gehobenem und Höherem Dienst im Auswärtigen Amt aufzuheben. Die Durchlässigkeit der Laufbahnen sollte wie z.B. im britischen Auswärtigen Dienst im Sinne effektiverer Nutzung der knapperen Personalressourcen verwirklicht werden.

7. EU-Zusammenarbeit

Ohne die Schwierigkeiten zu verkennen, fordern wir energischere Anstrengungen für eine stärkere Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern im Ausland. Wir erwarten von der Bundesregierung die Schaffung gemeinsamer europäischer Botschaften, die Bündelung von Ressourcen bei den Liegenschaften, die Zusammenlegung von Konsulaten der Schengen-Staaten in gemeinsame EU-Konsulate, die stärkere EU-Zusammenarbeit in der Auswärtigen Kulturpolitik, die Schaffung gemeinsamer EU-Gesundheitsdienste und schließlich den Nachweis des Einigungswillens auch durch die Ernennung gemeinsamer Botschafter. Das Einsparpotential hier ist beträchtlich und würde Ressourcen für andere Bereiche freisetzen.